



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Department of Urban and Regional Development



Andreas Novy

**Entwicklungsforschung als Beitrag
zu einer anderen Welt**

SRE-Discussion 2004/04

2004

SRE

Entwicklungsforschung als Beitrag zu einer anderen Welt

Entwicklungsforschung als Beitrag zu einer anderen Welt.....	1
1. Krise der Sozialwissenschaft.....	3
1.1. Krise der Aufklärung	3
1.2. Liberale Reformen	5
1.2.1. Autoritarismus und die Privatisierung von Wissen.....	6
1.2.2. Wissen im Dienst der Macht	8
2. Herausforderungen für die Entwicklungsforschung.....	10
2.1. Die ganze Welt in den Blick bekommen.....	10
2.2. Ethik und Vernunft	11
2.3. Politisierung und Reflexion	12
2.4. Transdisziplinär.....	12
3. Entwicklungsforschung und Marxismus.....	14
3.1. Kritik der politischen Ökonomie	14
3.2. Dialektik.....	15
4. Eine andere Welt ist möglich.....	16
4.1. Schaffung öffentlichen Wissens	16
4.2. Suche nach vernünftigen Zielen	17
4.3. Demokratischer Sozialismus	19

Abstract

This article analyses research on development (Entwicklungsforschung) as a new discipline for understanding world development as an integral process. It starts by describing the crisis of social science as the crisis of the enlightenment project and of rationality. The dialectics of enlightenment consists in a modernisation project that optimises the means of intervention in society, neglecting rational deliberation on its ends. Today, social sciences who do not subordinate itself to the cash nexus are being marginalized by liberal reforms aiming at the privatisation of knowledge. An alternative and integrated social science has to overcome disciplinary boundaries as proposed by interdisciplinary research. However, interdisciplinary research is limited too, as it is de-linked from society, citizens and political and economic conflicts. Transdisciplinary research is the form of social science that organizes the dialogue within and beyond science, thereby, fostering a democratic project of an open and dialogical society. Research on development analyses not only the periphery of the world, as done by development studies, but aims at an integral analysis linking centre and periphery. World development is seen as a contradictory unity which needs a dialectical analysis which gives due credit to the dynamics of development. Therefore, Marxism and the critique of political economy are proposed as the most consistent conceptual framework for understanding world development. Research on development has the potential to overcome the dialectics of enlightenment by uniting reason and ethics, based on dialectical approach which takes side on those at the margin o society and at the periphery of the world economy. Therefore, its realisation turns out to depend on overcoming capitalism and constructing democratic socialism.

*„Ich halte dafür, dass das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht,
die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern“
Berthold Brecht, Leben des Galilei*

„Eine andere Welt ist möglich“, dieser Slogan stand am Beginn des 21. Jahrhunderts für den Versuch, eine politische Bewegung zu bilden, die nach Alternativen zur liberalen Form der Globalisierung sucht. Weltsozialforen und andere Veranstaltungen widmeten sich der Kritik des Bestehenden und der Suche nach Alternativen. Damit werden Schritte gesetzt, Skepsis und Fatalismus zu überwinden. Doch gleichzeitig bleibt unklar, wie diese andere Welt ausschauen soll und wie der Weg dorthin beschaffen ist. Der Bewegung für eine andere Welt mangelt es gleichermaßen an Klarheit bezüglich des Ziels und der Strategie. Ein Teilbereich dieses großen Themenfeldes fragt nach dem Beitrag, den Entwicklungsforschung als eine integrierte und kritische Sozialwissenschaft hierbei leisten kann. Es geht daher um die Beantwortung von zwei Fragen: Wie muss Wissenschaft organisiert sein, damit ihr Wissen allen Menschen dient? Wie muss unsere Welt organisiert sein, damit es WissenschaftlerInnen möglich ist, einen Beitrag zum Allgemeinwohl zu leisten?

1. Krise der Sozialwissenschaft

Nach einem Jahrhundert intensiven Wachstums ist die Zukunft der Sozialwissenschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts keinesfalls gesichert. Die Krise der Sozialwissenschaft wird auf erste an den sinkenden Budgets, der Schließung von Instituten und der Auflösung von Studienrichtungen wahrgenommen. Weniger Geld als Ausdruck sinkender gesellschaftlicher Relevanz. Dahinter verbergen sich ideologische Veränderungen in der Gesellschaft: Die exakte Buchführung verdrängt das Nachdenken über die Gesellschaft, der Rechenstift tritt an die Stelle von Dialog und Diskussion. An die Stelle gemeinsamen Überlegens tritt das strenge Kalkül der Optimierung. Rationelles Handeln, das möglichst sparsam Mittel für private Ziele einsetzt, leitet die gesellschaftliche Praxis. Vernünftiges Denken, das dem eigenen und gesellschaftlichen Leben einen Sinn gibt und das nach mehr sucht als bloß mehr vom Immergleichen, ist in der Defensive. Dies ist beklagenswert, aber es gibt keinen Weg zurück. Nach vorne blickend gibt es nur eine realistische Chance für die Sozialwissenschaften: Endgültig aus dem Elfenbeinturm verdrängt, könnten sich Wissenschaft und Denken aus der Umarmung durch die Macht befreien. Damit wäre die wesentliche Voraussetzung geschaffen, damit sie - dem Brechtschen Galilei folgend – einen Beitrag leisten kann, „die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern.“

1.1. Krise der Aufklärung

Das Römische Reich und das Mittelalter begnügten sich damit, die Einsichten griechischer Philosophen, allen voran Aristoteles, wiederzukauen. Der Brechtsche Galilei beschreibt die Enge

des Denkens, die das Mittelalter prägte: „Die Städte sind eng, und so sind die Köpfe. Aberglauben und Pest. Aber jetzt heißt es: da es so ist, bleibt es nicht so. Denn alles bewegt sich, mein Freund“. Mit dem Aufbruch der Naturwissenschaften, den Erfindungen und Entdeckungen, eröffnete sich den Menschen eine neue Welt: In den Köpfen, auf dem Globus und im Weltall. Mit der Renaissance begannen grundlegende Veränderungen in Politik und Wirtschaft. Die Inbesitznahme von Afrika, Asien und Amerika war für einen Teil dieser Umwälzungen verantwortlich, die Durchsetzung von Handel und Lohnarbeit für einen weiteren. Diese politökonomischen Veränderungen stärkten das Bürgertum gegenüber dem Adel, und es wurde zu der Klasse, die für sich beanspruchen konnte, die Vernunft an die Stelle der Tradition zu setzen. Dieses bürgerliche Emanzipationsprojekt erlebte seinen Höhepunkt mit der Aufklärung, der es um den Ausstieg des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit ging. Aufklärung wollte die Befreiung von den aus der Tradition kommenden Zwängen, die sich Menschen selbst auferlegten. In diesem Sinne war das Bürgertum bis ins 19. Jahrhundert eine revolutionäre Kraft, die das Alte bekämpfte und für Neuerungen und Veränderungen eintrat. Das Bürgertum häufte seinen Reichtum aber auf Kosten derjenigen an, die in ihren Manufakturen und Fabriken unter unwürdigen Bedingungen arbeiten mussten, da sie ihres Landes und damit ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden. Der Kapitalismus als Privateigentumsordnung basiert darauf, dass die kleinen Eigentümer enteignet wurden. Die Vertreibung der Bauern von ihrem Land war Voraussetzung für die Durchsetzung der freien Lohnarbeit. Der Reichtum des Bürgertums beruhte also auf der Ausbeutung der Arbeiterschaft. Daher konnte es seine progressive, den Feudalismus kritisierende Rolle nicht dauerhaft übernehmen, denn mit seinem Reichtum wuchs auch die Klasse der besitzlosen Lohnabhängigen. Weiterer Fortschritt hätte fortan die Ermächtigung der vielen ArbeiterInnen zu Lasten der BürgerInnen zur Folge gehabt. Der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital prägte fortan die gesellschaftliche Entwicklung, und so wurden die ArbeiterInnen diejenigen, die die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und an politischen Entscheidungsprozessen forderten. Das Bürgertum, nun zur bestimmenden und gleichzeitig zur bewahrenden Klasse geworden, förderte fortan immer nur diejenigen Entwicklungen, die ihren Partikularinteressen entgegenkamen. Die Geschichte des Verhältnisses von Bürgertum und Wissenschaft war geprägt durch den Spagat zwischen der Verteidigung des Status Quo und der Umsetzung der Vernunft. Im Zweifelsfall zögerte es allerdings nicht, sich auf die Seite der Großunternehmer zu stellen: Der Nationalsozialismus und die zahlreichen Militärdiktaturen geben hiervon Zeugnis.

Die modernen Universitäten expandierten zusammen mit der bürgerlichen Gesellschaft. Sie wurden zum Motor technischer Innovationen und dienten der Rationalisierung der Gesellschaft. Als der Klassengegensatz nach 1945 in sozialpartnerschaftlichen Kompromissen vorübergehend ruhig gestellt wurde, erlebten die Sozialwissenschaft und auch die Entwicklungsökonomie ihre Blütezeit. Sie hatten die Aufgabe, mittels Sozialtechniken die Gesellschaft zu planen, Entwicklung zu fördern und einen Interessenausgleich zu ermöglichen. In aller Regel ging es um Maßnahmen, die den

Schutz der unternehmerischen Freiheit und die Wohlfahrt der Bevölkerung gleichermaßen sicherstellen. Dies war unter dem Gesichtspunkt der Wohlfahrtsmehrung ein großer Erfolg, weniger jedoch bezogen auf die Bildung selbstbestimmter, mündiger und solidarischer BürgerInnen. Der Sozialstaat verwaltete Wohlfahrt. Darin besteht gleichermaßen sein historischer Beitrag und seine Tragik. Eine emanzipatorische Reform des Wohlfahrtsstaats, die nicht auf bevormundender Verwaltung, sondern auf Selbstbestimmung und Selbstverwaltung aufbaut, gelang nicht. Seit 1980 schlägt nun das Pendel zurück in Richtung eines schrankenlosen Kapitalismus. Effizienzsteigerung und Gewinnmaximierung von Firmen und nicht die Planung gesellschaftlicher Entwicklung wurden zur neuen Aufgabe der Wissenschaft. Dies schwächt zwangsläufig die Sozialwissenschaften, sofern sie sich als Wissenschaft zur Erforschung gesellschaftlicher Entwicklungen versteht. Die Krise der Sozialwissenschaften ist so auch eine Krise der Aufklärung.

1.2. Liberale Reformen

Der Liberalismus ist eine bürgerliche, besser gesagt eine besitzbürgerliche Ideologie, die möglichst viel Freiheit für BesitzbürgerInnen anstrebt. Im 19. Jahrhundert wurde der Liberalismus trotz einiger rühmlichen Ausnahmen zu einer Ideologie, die die Freiheit Weniger zu Lasten der Freiheit der Mehrheit förderte. Liberale verteidigten das Privateigentum, begrüßten die Aufteilung der Welt durch die imperialistischen Mächte und förderten das Klassenwahlrecht, das das Wahlrecht an Besitz koppelte. Die Weltwirtschaftskrise 1929, Depression und Massenarbeitslosigkeit, verursacht durch die liberale Wirtschaftspolitik des Laissez faire, diskreditierten den Liberalismus nachhaltig. Erst als Neoliberalismus zusammen mit Pinochet, Reagan und Thatcher gewann er seit 1980 wieder an Bedeutung. Erneut geht es um die Ausweitung der Freiheiten für Eigentümer und der Förderung der Privatinitiative, worunter Aktivitäten fallen, die mit Hilfe des eigenen Besitzes durchgeführt werden. Private Pensionsvorsorge und privates Sponsoring stellen Besitzbürger vor keine Probleme, wohl aber diejenigen, die nur von ihrem erarbeiteten Einkommen abhängig sind. Die Förderung dieser privaten Wirtschaft bedeutet die Vertiefung der Kluft zwischen Besitzenden und Nicht-Besitzenden, die Herstellung einer reinen, nicht sozialstaatlich abgeschwächten, Form von Kapitalismus, so wie sie an der Peripherie der Weltwirtschaft heute schon Realität ist.

Die liberale Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie als Ideologie der Privateigentümer stellt allerdings nicht das Kapital und die Eigentumsordnung in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen, sondern den Markt. Sie spricht nicht über die soziale Hierarchie einer Privateigentumsordnung, sondern über die Freiheit und Gleichheit am Markt. Die liberale Wirtschaftstheorie sieht demnach bezogen auf die realen Verhältnisse, das Leitbild des Wirtschaftens mehr im Bauernmarkt als beispielsweise im Medienmarkt. Sie betont die Gleichheit der AnbieterInnen und streicht die Wahlfreiheit der KonsumentInnen hervor, ohne die Besitzverhältnisse anzusprechen. Diese

bürgerliche Marktgesellschaft hat sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs endgültig als natürliche und höchste Form menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Da die Entwicklung der Menschheit ihren End- und Höhepunkt erreicht hat, geht es heute einzig um die Durchsetzung dieser Marktgesellschaft. Märkte müssen bis an die Ränder der Welt getragen und auch bei uns im Sozialen, in der Bildung, der Wissenschaft und in der Kultur durchgesetzt werden. Die liberalen Reformen laufen in allen Bereichen nach demselben Muster ab. Immer geht es um einen politischen Prozess, der drei Elemente künstlich herstellt: Die Durchsetzung der Warenform, die Transformation von vielfältigen Organisationen in Unternehmen oder möglichst unternehmensähnlicher Organisationsformen und die autoritäre Organisation von Wettbewerb. Waren, Unternehmen und Wettbewerb bilden somit die drei Säulen liberaler Regulation – und zwar überall, in allen Räumen und Sektoren gleichermaßen.

1.2.1. Autoritarismus und die Privatisierung von Wissen

Kaum eine Ideologie, in der Realität und Selbstbild so auseinander fallen wie im Liberalismus. In der Praxis bedeutet Liberalismus nicht nur autoritäre Entscheidungsstrukturen, sondern auch den Zwang zur politischen Regelsetzung: Karl Polanyi zeigte schon für das 19. Jahrhundert, wie Geld, Arbeit und Boden von den Liberalen künstlich zu Märkten gemacht wurden. Seit 20 Jahren werden nun höchst wirksam mittels liberalen Dirigismus Märkte des Sozialen geschaffen. In Österreich geschah dies verspätet, dann aber mit voller Kraft. Und nirgends wird der liberale Dirigismus deutlicher als auf der Ebene des europäischen Binnenmarktes: Dieser entsteht nicht obwohl, sondern weil die EU-Bürokratie von einer Regulierungswut besessen ist. Alles muss zentral, bürokratisch und möglichst ohne Einbindung der Bevölkerung reglementiert werden, damit ein „freier Markt“ entstehen kann. Es muss möglichst streng kontrolliert werden, dass niemand die Freiheit verletzt, gentechnisch modifizierte Produkte vertreiben zu dürfen, die freie Fahrt für LKWs zu gewährleisten oder mit Atomstrom zu handeln.

Der Bildungsmarkt, der in Österreich erst im Entstehen ist, setzt die organisatorische Fragmentierung im Schul- und im Hochschulwesen voraus. Universitäten, die weiterhin dem Eigentum nach öffentlich sind, werden zu autonomen Einheiten, bekommen eine autoritäre, unternehmensähnliche Rechtsform und agieren wie Bildungskonzerne. Die österreichischen Universitäten sind zwar weiterhin von der Allgemeinheit finanziert, verfolgen aber nun im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Einzelinteressen und konkurrieren untereinander. Nicht Demokratie und Selbstverwaltung sind das Leitbild, sondern das Unternehmen als autoritär strukturierte Hierarchie. An die Stelle selbstverwalteter Einrichtungen – wie an den Universitäten und in der Sozialversicherung - werden regierungsfreundliche und unternehmensähnliche Organisationen geschaffen. Dies erleichtert die Entscheidungsfindung, weil Kontrollorgane entmachtet werden, Entscheidungen ohne Einbindung der Betroffenen durchsetzbar sind und mit Neuerungen experimentiert werden kann. Damit werden einzelne Personen, wie SchuldirektorInnen und

RektorInnen, zu autoritärem Handeln veranlasst. Sie agieren zwar autonom, aber nicht unabhängig, und schon gar nicht repräsentieren sie diejenigen, denen diese Einrichtungen gehören oder die, die an diesen Einrichtungen arbeiten, dort studieren oder das Wissen nutzen könnten.

Unternehmensähnliche Bildungseinrichtungen allein schaffen aber keinen Wissens- und Bildungsmarkt. Dafür sind staatliche Interventionen und Regulierungen notwendig. Daher der Eifer der letzten Jahre, ständig neue Gesetze, Behörden, Beiräte und Kommissionen zu schaffen. Um einen Bildungsmarkt zu schaffen, muss das Lehrangebot und die Forschung bewertet werden. Mit diversen Evaluierungs- und Regulierungsbehörden entsteht deshalb allerorten eine neue Bürokratie, die bewertet, vergleicht und kontrolliert. Da Vergleichbarkeit am leichtesten quantitativ herstellbar ist, werden allerorten passende Indikatoren gesucht. Sie sollen die Qualität und Quantität des Bildungsangebots messen. Die Zahl der Studierenden zu zählen, die in einem Seminar sitzen oder geprüft werden, ist einfach. Aber was lernen die Studierenden? Was ist wichtiger: Das Vermitteln von Inhalten oder von Techniken, das Erziehen kritischer Geister, sattelfester Mathematikerinnen oder eloquenter Referentinnen? Was zählt es, wenn ehemalige Studierende in Qualitätszeitungen oder in wissenschaftlichen Journalen publizieren? Wie kann die Qualität von Seminaren an verschiedenen Unis verglichen werden? Diese Fragen können niemals objektiv und allgemeingültig beantwortet werden. Fördert der Staat das, was die Studierenden lernen wollen, oder das, was die Unternehmen nachfragen? Braucht ein Gemeinwesen Allgemeinbildung oder bloß Berufsbildung? Oder beides? In welcher Gewichtung? Was ist gute Forschung und Lehre und was soll der Staat fördern? Dies sind gesellschaftliche Wertungen, die nicht wertfrei festgelegt werden können. Welche Werte gesellschaftlich Wert geschätzt werden ergibt sich daher aus der vorherrschenden gesellschaftlichen Machtstruktur. Die Macht bestimmt die Form des Wissens.

Mit der Schaffung des Wissenschaftsmarkts verstärkt sich die Tendenz zur Privatisierung von Wissen. Wissen wird zunehmend als Investition gesehen, für die jedes Individuum auch zu zahlen hat. Es wird zur Ware, die käuflich zu erwerben ist. Gebühren für Lehrgänge, Ausbildungen und den Universitätsbesuch sind Preise für ihren Erwerb. Im Ansatz des Humankapitals ist Bildung eine Investition, die sich für den Einzelnen rechnet. Allgemein soll Wissen die Wettbewerbsfähigkeit Einzelner, von Unternehmen und Regionen auf Kosten anderer verbessern. In dieser Situation ist der Ruf nach praxisrelevanter Forschung bedenklich, denn die liberale Regulation setzt Privatwirtschaft mit Praxis und Privateigentümer mit Volkswirtschaft gleich. Die Universität wird angehalten, Drittmittel aufzutreiben und mit Großunternehmen zusammenzuarbeiten. Indem sie private Akteure mit öffentlichen Mitteln fördert, subventioniert sie im Namen der Unternehmensfreiheit und der wissensbasierten Ökonomie die Akkumulation von Wissen in Privatunternehmen.

1.2.2. Wissen im Dienst der Macht

Kritische Wissenschaft hat dem wenig entgegenzuhalten, denn kaum jemand widmete sich der Beziehung der Universitäten zu Gesellschaft und Politik. Vor allem die öffentlichen Universitäten haben hier versagt. Heute bezahlen sie einen hohen Preis dafür, dass sie sich ihrer Identität im Austausch mit der Gesellschaft in guten Zeiten nicht versichert haben. Die regelmäßigen Kürzungen der Budgets öffentlicher Universitäten sind nicht zuletzt deshalb ohne breitere Proteste durchsetzbar, weil es den Universitäten nicht gelungen ist zu vermitteln, was ihr gesellschaftlicher Beitrag ist. Welches öffentliche Interesse rechtfertigt eine Universität als öffentliche Einrichtung? Im Diskurs der wissensbasierten Gesellschaft geht es aber um ganz andere Fragen. Auf dem Gipfel der Europäischen Union in Lissabon im Jahre 2000 setzte sich die EU das Ziel, zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu werden. Europa werde nur dann konkurrieren können, wenn seine Wissensbasis sich besser entwickelt als die der USA. Die von der EU propagierte Wissensgesellschaft macht europäische Wissenschaft mit dem Binnenmarktprinzip vereinbar und erhebt den Wettbewerb zum obersten Ordnungsprinzip der Gesellschaft. Es entsteht europaweit eine kapitalistische Marktgesellschaft, deren Zusammenhalt nur für jene gesichert erscheint, die an die unsichtbare Hand des Marktes glauben. Politische Instanzen, die den Blick aufs Ganze hätten und auch über die Mittel verfügten, das Allgemeinwohl wirksam werden zu lassen, werden systematisch geschwächt. Dies gilt insbesondere für den Nationalstaat, der früher mit seiner öffentlichen Hand Entwicklungen plante und entsprechend intervenierte.

Der antistaatliche liberale Diskurs verkennt, dass auf fast allen Märkten das Angebot in der Hand weniger Konzerne konzentriert ist. Märkte sind zumeist als Oligopole organisiert und daher konzentriert die Marktwirtschaft entgegen ihrer Versprechungen Macht. Daher führt Konkurrenz auch bei Schaffung des Wissens- und Informationsmarktes nicht zu mehr Vielfalt und besserer Qualität. Das beste Beispiel für die liberale Illusion ist der Medienmarkt. Bis zur Renaissance begrenzte die Religion und die Macht der Kirche, was geforscht werden darf. Galileo Galilei, Giordano Bruno und viele andere litten darunter. Heute wird die gesellschaftliche Rolle der Wissenschaft kaum mehr von der Religion definiert, sondern von den Medien. Die privaten Informations- und Kommunikationsmedien wurden zum herausragenden Ort, an dem Menschen Orientierung und Sinn finden. Sei es im Fernsehen, Radio oder Internet, in Zeitschriften und Zeitungen, überall werden Interpretationen der Welt in einer dem Hausverstand zugänglichen Form geliefert. Einfache Erklärungen bieten umfassende Orientierung sowohl für die mit als auch ohne höhere Bildung: Eine Volkswirtschaft könne gleich einer Hauswirtschaft nicht über ihre Verhältnisse leben; Leistung müsse sich lohnen, jeder denke doch bloß an sich selber. All dies sind banale Behauptungen, die aber zum festen Bestandteil dessen geworden sind, was Menschen heute für richtig halten. Viele, insbesondere gebildete Menschen haben diese liberalen

Vorurteile internalisiert und sehen sie als unverrückbare, ewig gültige Weisheiten menschlicher Gesellschaft.

Selbstverständlich finden auch WissenschaftlerInnen in den Medien Gehör. Sie sind sogar ein wichtiger Bestandteil, weil sie diesen damit den Anschein von Objektivität geben. Welche Facetten ihres Wissens aber Verbreitung finden und welchen WissenschaftlerInnen Raum geboten wird, hängt von den EigentümerInnen der Medien ab. Die monopolartige Stellung von Medienkonzernen missachtet die Freiheit der Meinungsäußerung und manipuliert so das Publikum. Die Berichterstattung über Venezuela zum Beispiel war lange Zeit durch einen privaten Medienzaren im Lande geprägt, der beste Kontakte zu den internationalen Nachrichtenagenturen hatte. Langfristig noch wirksamer sind aber die Tiefenstrukturen, die durch Medien verändert werden. Die Medienkonzerne produzieren eine bestimmte Wahrheit durch die Art, wie sie Rationalität, Gefühl und Macht miteinander verbinden. Werbung lebt davon, nicht den Verstand, sondern das Gefühl anzusprechen. Noch mehr: Das Gefühl wird gegen den Verstand gestellt, ein irrationales Fühlen gefördert. So wird mit Rauchen Jugendllichkeit vermittelt, und für das Auto wird besonders gerne in Zusammenhang mit Natur geworben. Obwohl die Werbung weiß, dass der Mensch kein homo oeconomicus ist, produziert sie gleichzeitig die Illusion dieses eigennütigen und selbstsüchtigen Menschen, in dem sie Geiz als geil und Teilen als naiv darstellt. Die Produktion dieser tief verwurzelten diskursiven Strukturen wirkt weit über politische und ideologische Lager hinweg und ist deshalb besonders wirksam. In der Wirtschaftsberichterstattung ist ähnliches zu beobachten: Dort zentralisieren einige wenige BörsenanalytikerInnen und Rating-Agenturen das Wissen. Ihr Befund über die Lage der Weltwirtschaft beeinflusst das Handeln von EntscheidungsträgerInnen und AktienbesitzerInnen. Und letztendlich sind es Markt- und Meinungsforschungsinstitute, die über die Medien festlegen, was die wahren Wünsche und die politischen Einstellungen der Menschen sind.

Es verwundert nicht, dass die Konservativen heute begeisterte Liberale sind, denn der Liberalismus verteidigt sehr wirksam den Status Quo der Besitzverhältnisse und der sozialen Hierarchien. Verwunderlich ist, dass auch die politische Linke heute von einem sozial und kulturell verbrämten Liberalismus geprägt ist. Die rechtliche Gleichstellung homosexueller Paare und das Gender Mainstreaming stehen heute im Zentrum linksliberaler Politik. Dabei wird die enge Kopplung von Besitz und Bürger, von Privateigentum und Patriarchat ausgeklammert. Privateigentümer sind in aller Regel Männer. Daher kann eine Gesellschaft, deren oberster Wert das Privateigentum ist, nur eine von Männern dominierte Welt sein. Die globalisierungskritische Bewegung konzentriert ihre Kritik an der gegenwärtigen Welt wesentlich auf den Neoliberalismus. Eine andere Welt wird aber nur möglich, wenn nicht nur der Neoliberalismus, sondern der Liberalismus als vorherrschende Ideologie kritisiert wird. Die Illusion, dass ein Sozialliberalismus möglich ist, der den Wirtschaftsliberalismus durch politische Regeln und soziale Bewegungen

zügelt, hat die Strategie progressiver Bewegungen und Parteien in den letzten Jahren nachhaltig in die Irre geführt. Die wirtschaftsliberalen Verfassungen von EU und WTO sind die politische Regulierung, die aus diesem Denken resultiert.

2. Herausforderungen für die Entwicklungsforschung

Wenn sich die liberalen Vorstellungen über die Schaffung eines Bildungsmarktes auch in der Wissenschaft durchsetzen, dann muss sich die Wissenschaft verkaufen. An wen, wenn nicht an die Besitzenden? Und wie, wenn nicht im Dienste der Macht? Ist eine andere Sozialwissenschaft möglich, eine, die sich nicht verkauft? Kritische Forschung steht vor schwierigen Herausforderungen: Zum einen gibt es keinen ernsthafter Dialog über die eigene Rolle in dieser sich wandelnden Welt. Zum anderen fehlt es vielfach an Mut, die eigenen, geschützten Bereiche zu verlassen, um als ein Akteur unter vielen in der Gesellschaft und mit den Menschen in einen gleichberechtigten Dialog zu treten. SozialwissenschaftlerInnen wären wichtige TeilnehmerInnen in diesem offenen und demokratischen Dialog, weil sie über ein Privileg verfügen, das nur wenige haben. Sie haben in ihrem Beruf die Zeit, sich damit zu beschäftigen, die Welt zu verstehen. Ihre privilegierte Rolle wird aber durch den banalen Umstand erkaufte, dass sie von Mächtigen in Politik und Wirtschaft bezahlt werden. Es liegt an der Struktur gesellschaftlicher Arbeitsteilung, dass sich die Sozialwissenschaft von der Rolle des Hofnarren bis heute nicht befreien konnte: Sie kann ihre Meinung nur innerhalb bestimmter Grenzen äußern, denn niemals darf sie vergessen, dass sie der Finanzierung durch den Hof bedarf. Das Ausmaß der Kritikbereitschaft zeigt die Toleranz einer Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb gibt es Zeiten, in denen die Hofnarren mutiger, und andere, in denen sie vorsichtiger sind. Aber Hofnarr zu sein ist nicht unbedingt eine befriedigende Rolle, und doch eher Teil autoritärer und nicht demokratischer Gesellschaften. In einem demokratischen Gemeinwesen bedeutet öffentliche Wissenschaft, Bildung und Forschung als öffentliche Güter zu schaffen und der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Um diese Verantwortung für die Allgemeinheit wahrzunehmen, ist ein ganzheitlicher, ethischer und politischer Zugang notwendig. Bis vor kurzem beschäftigte sich nur ein kleiner Teil der Sozialwissenschaften mit Problemen von Entwicklung und Entwicklungsländern. Umgekehrt hat die Entwicklungsforschung ein großes, ungenutztes Potential zur Überwindung der Krise der Sozialwissenschaft - denn Entwicklungsforschung forscht ganzheitlich. Sie erforscht Weltentwicklungen, indem sie Zentrum und Peripherie der Welt gleichzeitig im Blick hat.

2.1. Die ganze Welt in den Blick bekommen

Heute dominieren in der Wissenschaft spezialisierte Sichtweisen, die keinen Blick auf das Ganze ermöglichen. Demgegenüber bedarf es eines neuen Paradigmas, das Entwicklung als einen ganzheitlichen Prozess sieht, der Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gleichermaßen umfasst. Die Gesellschaft als Ganzes zu untersuchen, bedeutet auch, die ganze Welt in den Blick zu bekommen. Die Entwicklungen in Österreich können nicht losgelöst von der in anderen Teilen

der Welt untersucht werden. Weltentwicklungen zu untersuchen erfordert, auf das Wissen aller Sozialwissenschaften und anderer Disziplinen zurückzugreifen. Entwicklungsforschung benötigt die Integration der Sozialwissenschaften. Die Welt als Ganzes zu erforschen bedeutet, gleichermaßen das Zentrum und die Peripherie, die reichen und armen Räume der Welt im Blick zu haben. Zentrum und Peripherie bilden ein Ganzes, eine Einheit, die auf widersprüchliche Weise verbunden ist. Diese Widersprüchlichkeit wird nur verständlich, wenn die Gegenwart als Produkt der Vergangenheit verstanden wird. Ohne Kolonialismus und Imperialismus sind weder der Bürgerkrieg um Öl in Nigeria noch die Unruhen in anderen rohstoffreichen Ländern Afrikas verständlich. Daher basiert Entwicklungsforschung auf einem historisch-geographischen Zugang. Weder kann Europa ohne den Rest der Welt verstanden werden, noch kann Afrika als exotischer Kontinent ohne Bezug zur weltweiten Politik und Wirtschaft untersucht werden. Angesichts der vielen weltweit ungelösten Probleme – Hunger und Armut an der Peripherie, Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau im Zentrum – ist das integrierte Wissen der Sozialwissenschaften heute gefragter denn je.

2.2. Ethik und Vernunft

Die Sozialwissenschaft sieht sich heute mehrheitlich der Wertfreiheit verpflichtet. Sie gibt vor, gegenüber den gesellschaftlichen Interessen neutral und objektiv zu sein. Die Vernunft wird von der Ethik getrennt und Wissen gilt als vermeintlich neutral gegenüber gesellschaftlichen Interessen. Ethisches wird von wissenschaftlichem Handeln getrennt und als Privatangelegenheit definiert. Damit kommt die Wissenschaft der kapitalistischen Logik entgegen, die Vernunft auf Zweckrationalität reduziert: Es wird viel über die einzusetzenden Mittel nachgedacht und wenig über die gesellschaftlichen Ziele. Welche Ziele ein Forschender verfolgt, wird ihm oder ihr vermeintlich frei gestellt. Das führt in der Realität zumeist dazu, dass die Wissenschaft von den vorherrschenden Interessen manipuliert wird, denn auch in der Wissenschaft gilt, dass wer zahlt, anschafft. Gefragt ist daher die Forschung, die den technischen Fortschritt fördert, der den Gewinn von Unternehmen steigert. Bekanntermaßen konzentrieren sich daher große Mittel auf dem Feld von Rüstungs-, Bio- und Informationstechnologien, während die Bekämpfung von Hunger und Armut keine Gewinne verspricht und damit vernachlässigt wird.

„Rational“ verkümmert im liberalen und schrankenlosen Kapitalismus zu „rationell“. Dies war nicht immer so. Im Griechischen gibt es eine Form dieser Rationalität, die sich *phronesis* nennt, einer ethischen und praktischen Vernunft, die nicht nach allgemein gültigen Gesetzen strebt, sondern danach sucht, was hier und jetzt richtiges Handeln ist. Was ist das Ziel von Entwicklung? Was ist die richtige Entscheidung in diesem konkreten Kontext? In seinem Buch "Beyond Objectivism and Relativism" unternimmt Richard Bernstein den Versuch, in Anlehnung an Traditionen, die von den Griechen bis zur Hermeneutik und Jürgen Habermas reichen, eine Form dialogischer Rationalität zu entwerfen, die danach fragt, wie hier und jetzt richtig gehandelt werden

soll. Eine andere Welt ist sicherlich eine Welt, in der sich die Sozialwissenschaft vermehrt an *phronesis* orientiert und Ethik und Vernunft integriert, statt Rationalität auf den engen Bereich des optimalen Mitteleinsatzes zu reduzieren. Die philosophische Frage, wie diese alternativen Pfade beschritten werden können, erfordert eine praktische Antwort.

2.3. Politisierung und Reflexion

Mit der liberalen Regulation wird die Praxis des Forschens grundlegend verändert. In der Nachkriegszeit war es selbstverständlich, dass eine Universität Geld für die Ausbildung von Studierenden bekam. Die Qualität der erbrachten Leistungen folgte keinen öffentlich diskutierten Kriterien, was nun von der an Privatisierung interessierten Kritik geschickt ausgenutzt wird: Wer beurteilt wie und mit welchen Konsequenzen die Qualität öffentlicher Dienste und Leistungen? Die liberale Regulation sorgt aber nicht nur dafür, dass diese Fragen gestellt werden, sie verhindert gleichzeitig, dass offen und demokratisch und unter Einbeziehung der Betroffenen darüber diskutiert wird. Stattdessen werden autoritär Qualitäten in Quantitäten umdefiniert. Die Qualität eines Spitals wird an Bettenzahlen, Arztkontakten oder Kontrollgängen durch das Pflegepersonal gemessen. Der Wert erbrachter Leistungen wird auf ihre Kosten reduziert, politische Zielsetzungen verkümmern zu Einsparungsplänen, politische Entscheidungen werden zu Rechenaufgaben degradiert. Der zunehmend elitäre und engere Kreis der EntscheidungsträgerInnen in Staat und Wirtschaft verfolgt dabei vor allem Eigeninteressen. Das macht Öffnung, Vielfalt und Offenheit doppelt wichtig: Die Vielfalt widersprüchlicher Interessen, die in der Gesellschaft anzutreffen sind, fällt niemals mit dem Eigeninteresse weniger Mächtiger zusammen. Und die Umwandlung von Qualität in Quantität ist keine Rechenaufgabe, sondern zutiefst politisch. In demokratischen Gemeinwesen muss sie offen diskutiert und demokratisch entschieden werden. Für die Wissenschaft beinhaltet das eine neue Rolle: Statt den Machthabenden den Schein der Neutralität zu verschaffen, würde Praxisrelevanz im progressiven Sinne bedeuten, sich in aller Bescheidenheit als ein Akteur unter mehreren am gesellschaftlichen Dialog zu beteiligen. Aus Beforschten werden auf diese Weise Subjekte, Zuhören wird zu einer neu zu schätzenden Tugend wissenschaftlichen Arbeitens. Die Autorität der Wissenschaft ergäbe sich aus der Kraft ihrer Argumente und nicht aus ihrer Funktion. Erst durch diese neu gewonnene Bescheidenheit könnte die Sozialwissenschaft einen Beitrag zur Schaffung einer dialogischen und demokratischen Gesellschaft leisten.

2.4. Transdisziplinär

Ein Schritt in Richtung integrierter und ganzheitlicher Forschung ist das interdisziplinäre Forschen, das sich nicht an einer einzelnen Disziplin orientiert, sondern an praktischen Problemen und deren Lösung. Probleme können nur in den seltensten Fällen durch eine Disziplin alleine gelöst werden. Dabei reicht es nicht, nur einzelne disziplinäre Forschungen nebeneinander zu stellen. Armutsforschung beispielsweise ist ein Forschungsfeld, auf dem kontextbezogen und

interdisziplinär vorgegangen werden muss, um die Vielfältigkeit des Problems zu erfassen. Es geht hierbei um den Dialog zwischen den Disziplinen und den Dialog unter Forschenden. Vier oder mehr Augen sehen besser als zwei. "Du siehst das mit dieser Brille, und ich sehe es mit dieser Brille. Und wenn wir es mit zwei verschiedenen Brillen sehen, aus zwei verschiedenen Blickwinkeln, mit Weitsichtigkeit oder Kurzsichtigkeit, dann verstehen wir das Problem besser". Das Problem steht im Mittelpunkt, und nicht das konzeptuell-methodische Korsett der eigenen Disziplin. Mehrere Methoden liefern eine breitere Sicht auf Phänomene als nur eine, auch wenn diese besonders exakt ist. Im unverbindlichen Reden ist Interdisziplinarität heute weitgehend akzeptiert, auf die Organisation der Wissenschaft hat dies kaum Auswirkungen. Als Spitzenforschung gilt weiterhin, was in einer Disziplin zum Besten gehört. Wenn Interdisziplinarität ernst genommen wird, dann muss dies zu einer nicht an Disziplinen orientierten Organisation der Universität führen, Zusammenarbeit und Integration wären universitäre Leitprinzipien. Interdisziplinarität müsste heute eigentlich der Minimalkonsens sein, auf den die Sozialwissenschaften aufbauen. Sie ist ein Gebot der Vernunft, eine unabdingbare Voraussetzung für gutes Denken.

Transdisziplinäres Forschen ist anspruchsvoller, weil es die gesellschaftliche Arbeitsteilung von Wissenden und Lernenden in Frage stellt. Es geht über das interdisziplinäre hinaus, indem die Diskussion von einem universitären auf einen gesellschaftlichen Dialog ausgeweitet wird. Vernunft wird wirksam, indem gesellschaftliche Räume gemeinsamen Überlegens und Austausches geschaffen werden. Transdisziplinär bedeutet Forschen, das kein Monopol von Wissensfabriken ist, sondern in der Gesellschaft und mit den Menschen wirksam wird. Es ist nicht einzig problemorientiert, denn Probleme engen rasch den Blick auf die Wirklichkeit ein, da bestimmte Vorannahmen getroffen werden. Das Ausländerproblem machte bestimmte Menschengruppen zu einem Problem, die Parkplatznot unterstellt ein Elend der AutobesitzerInnen. Phänomene an Stelle von Problemen zu untersuchen, erlaubt eine offene Herangehensweise, die unterschiedliche Interessen berücksichtigt. Was für manche Gruppen ein Problem ist, ist für andere ein Lösung. Die Umwidmung einer Fahrbahn in eine Fußgängerzone erhöht die Parkplatznot genau so wie die Lebensqualität. Die Migration von Menschen schafft für manche Probleme und ist für andere eine Lösung. Phänomene wissenschaftlich zu bearbeiten bedeutet, Räume für Reflexion zu schaffen und Anleitung zu geben, das Ganze und die Vielfalt von Zugängen und Interessen in den Blick zu bekommen.

Der Dialog unter mehreren Disziplinen ist ein Schritt hin zur Öffnung der Wissenschaft; der Dialog als Teil der Gesellschaft ist der zweite und entscheidende Schritt, damit Wissenschaft einen Beitrag zur Schaffung einer offenen Gesellschaft leisten kann. Es ist dieser breite Dialog, der öffentliches Wissen für alle bereitstellt und dieses damit auch für alle bestmöglich nutzbar macht. Transdisziplinäres Forschen ist nicht nur dialogisch, sondern auch demokratisch. Um Phänomene

zu verstehen und Konsequenzen zu ziehen, ist eine einheitliche Sicht der Dinge notwendig oder zumindest eine Verständigung über Unterschiede. Transdisziplinäres Forschen strebt nach der Sozialisierung von Wissen, der gemeinsamen Verständigung darüber, wie man die Welt sehen und verstehen kann. Auf diese Weise werden auch Nicht-WissenschaftlerInnen und allen voran die Betroffenen zu Akteuren im Prozess der Wissensgenerierung. Ihre Werte und Vorstellungen fließen in den Wissensbildungsprozess ein. Transdisziplinarität ist daher nicht nur ein Gebot der Vernunft, sondern auch der Ethik. Sie stellt den Minimalkonsens dar, auf den all diejenigen aufbauen, die einen Beitrag zu einer anderen Welt leisten wollen.

3. Entwicklungsforschung und Marxismus

Entwicklungsforschung verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Über den interdisziplinären Ansatz hinausgehend forscht sie transdisziplinär und integriert dabei nicht nur Wissenschaftsdisziplinen, sondern auch Universität und Gesellschaft. Indem sie Zentrum und Peripherie als widersprüchliche Einheit sieht, verortet sie sich in einer dialektischen Herangehensweise, wie sie Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie entwickelte. Die Radikalisierung der liberalen Reformen und die sich verschärfenden autoritären Tendenzen benötigen eine klare Analyse, die sich nicht um eine Positionierung zum Marxismus drückt. Der Marxismus liefert bis heute die besten Konzepte, um den Kapitalismus als Herrschaftssystem zu verstehen und die praktischen Ansatzpunkte für seine Überwindung zu identifizieren. Aus diesem Grund verweigert der liberale Mainstream die Auseinandersetzung mit dem Marxismus und vor allem mit der Dialektik, die die Logik der Veränderung ist. Weil der Marxismus zeigt, dass die bestehende bürgerliche Gesellschaft vorüber gehen wird, muss er von den NutznießerInnen des Status Quo totgeschwiegen oder radikal bekämpft werden.

3.1. Kritik der politischen Ökonomie

Ein wichtiges Vorbild für die transdisziplinäre Erforschung der Wirtschaft liefert die politische Ökonomie, die so genannte Klassik, mit ihren Hauptvertretern Adam Smith und David Ricardo. Sie waren breit gebildete Liberale, die das England des 18. und 19. Jahrhundert verstehen wollten. Sie sahen die neue kapitalistische Ordnung als Fortschritt, das Bürgertum und allen voran die Händler als die progressive Kräfte, die Zivilisation und Entwicklung bringen. Die Bürger standen in Widerspruch zur parasitären Klasse der adeligen Grundbesitzer, die „ernten, wo sie nicht gesät haben“. Diese Klassenanalyse der klassischen politischen Ökonomie ist bis heute Grundlage jeder ganzheitlichen Gesellschaftsanalyse. Von der heute dominierenden Neoklassik als reiner Ökonomie unterscheidet sich die politische Ökonomie durch die Annahme von der Einheit von Politik und Ökonomie. Und sie hatte auch kein Problem damit, Philosophie und Literatur zum Erkenntnisgewinn zu nutzen. Bis heute sind ihre Arbeiten von Bedeutung, ihr Ansatz liefert Erklärungen zum Verständnis wirtschaftlicher Entwicklung. In der Neoklassik hingegen verschwinden die Klassenanalyse und jeglicher Bezug zu Geschichte und Geographie. Das frei

wählende Individuum, der homo oeconomicus, bildet die Grundlage jeglichen Nachdenkens über die Wirtschaft. Wirtschaften wird auf Optimieren reduziert, Politik gilt als unnatürlicher Eingriff. Die Wirtschaftswissenschaften haben die politische Ökonomie über Bord geworfen.

Schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts kritisierte Karl Marx die klassische politische Ökonomie und deren Parteinahme für den Liberalismus. Auch er versuchte, den Kapitalismus zu verstehen, in dem Kräfte freigesetzt werden, die einen vorher nicht gekannten Wohlstand produzierten und gleichzeitig ein Elend, das in seiner Brutalität ebenfalls einzigartig ist. Während die klassische politische Ökonomie die Gesamtgesellschaft von der Warte der SiegerInnen aus analysierte, ging es Karl Marx um die Befreiung der Unterdrückten durch die Einführung des Sozialismus. Er untersuchte den Kapitalismus als ein umfassendes Herrschaftssystem, in dessen Zentrum der Widerspruch von Arbeit und Kapital steht: Das Lohnverhältnis ist ein Abhängigkeitsverhältnis, das zur Ausbeutung derjenigen führt, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Marx erarbeitete diese Analyse, indem er gegenwärtige Entwicklungen aus der Geschichte herleitete. In dieser Theorie der Veränderung spielt der Klassenkampf die zentrale Rolle für die Entwicklung der Gesellschaft. Die verschiedenen Zivilisationen, die uns bekannt sind, zeichnen sich allesamt dadurch aus, dass die Gesellschaft in Klassen geteilt ist und daher von einem grundlegenden Konflikt zwischen Habenden und Nicht-Besitzenden bestimmt ist. Der Marxismus als Gesellschaftswissenschaft versteht die konfliktive Grundstruktur unserer Gesellschaft, und erlaubt es, die Schwierigkeit von Gesellschaftsveränderung besser zu verstehen. Marx beschreibt im 18. Brumaire des Louis Bonaparte diesen Zusammenhang, wonach Menschen Geschichte machen, „aber sie machen sie nicht aus freien Stücken unter selbst gewählten, sondern unter unmittelbar vorhandenen, gegebenen und überlieferten Umständen“ Menschen verändern ihre Welt, Entwicklung ist immer Bewegung und Veränderung. Die Marxsche Theorie ist praktisch.

3.2. Dialektik

Der Marxismus als politische Bewegung hat in den letzten 20 Jahren schwere Niederlagen erlebt. Der real existierende Sozialismus ist sang- und klanglos zusammengebrochen. Und auch als Theorie hat der Marxismus einige Zeit lang an Attraktivität eingebüsst. Doch in den letzten Jahren erwacht das Interesse an der marxistischen Theorie erneut. Und auch die Relevanz seiner Methodik wird offensichtlich. Die Dialektik ist nämlich im Unterschied zur formalen Logik die Form logischen Denkens, die Veränderungen und damit Entwicklung als einen Prozess erfasst. Sie analysiert die Welt als Ganzes und erlaubt damit den in Disziplinen geteilten Sozialwissenschaften eine Integration ihrer Herangehensweisen. Dialektik erfasst die wirtschaftliche und politische Entwicklung als einen dynamischen und widersprüchlichen Prozess. Gegenwärtig ist selbst in den Wirtschaftswissenschaften und der Betriebswirtschaft eine Annäherung an dynamisch-dialektische Herangehensweisen festzustellen. Gleichgewichtsmodelle und mechanische Modelle geraten ins Hintertreffen. System- und Spieltheorie, Chaostheorie, Netzwerk- und Komplexitätsforschung

kommen zu kontextabhängigen und formallogisch nicht vorhersehbaren Ergebnissen. Sie zeigen die Relevanz der Dialektik, ohne aber, konsequent weiterdenkend, kapitalistische Marktgesellschaften als vorübergehende Organisationsformen der Gesellschaft wahrnehmen zu können oder zu wollen.

Entwicklung ist ein Prozess, der als Spirale beschrieben werden kann. Auch wenn das konservative Denken nichts Neues unter der Sonne zulassen will und Bewegung bestenfalls in Kreisläufen erfasst, läuft Leben immer als kumulativ-zirkulärer Prozess ab. Die gegenwärtig vorherrschende liberale Regulation ähnelt zwar derjenigen der Zeit vor dem 1. Weltkrieg, ist aber auch anders. Die nationalstaatszentrierte Entwicklungsweise, die Herausbildung von Demokratie und Wohlfahrtsstaat hat die Gesellschaften in Europa, aber auch in den anderen Teilen der Welt nachhaltig verändert. Der neuerliche Vormarsch des Liberalismus seit den 1980er Jahren führt zu neuen Machtverhältnissen und Interessenkonflikten, die sich nicht immer mit denjenigen des 19. Jahrhunderts decken. Klar ist heute nur, dass der demokratische Kapitalismus der Nachkriegszeit nicht der Endpunkt der Entwicklung ist. Echte Demokratie und schrankenloser Kapitalismus vertragen sich nicht. Entweder leidet das eine oder das andere. Die Strategie der Mächtigen läuft heute darauf hinaus, diesen Widerspruch durch eine Einschränkung der Demokratie zu lösen.

4. Eine andere Welt ist möglich

Entwicklung ist ein politischer Prozess, Ausdruck von Machtverhältnissen. Sie ist Veränderung und bezeichnet den Prozess der Entstehung einer anderen, vom Bestehenden verschiedenen Welt. Weil Entwicklungsforschung die Mühseligkeit der menschlichen Existenz erleichtern will, sympathisiert sie mit einer politischen Bewegung, die eine andere Welt anstrebt. Weil sie ein Teilbereich dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Entwicklung ist, kritisiert sie jede Konzentration von Wissen und Macht. Offene Forschung, die allen zugute kommt, kann sich nur dort entfalten, wo nicht alles über einen Kamm geschert und das Bestehende mit dem Richtigen gleichgesetzt wird. Entwicklungsforschung braucht eine politische Kultur, die den Status Quo kritisch sieht und gegenüber der Zukunft offen ist.

4.1. Schaffung öffentlichen Wissens

Die Kritik an der Privatisierung von Wissen und die Kritik an der Privatisierung von Eigentum im Allgemeinen sind verwoben. Wissen kann nicht in Unternehmen gehortet und der Allgemeinheit nach Belieben vorenthalten, sondern muss von demokratischen Institutionen geschaffen werden. Es braucht öffentliche Institutionen, die öffentliches Wissen für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft produzieren. Kurzfristig besteht daher die Kernaufgabe öffentlicher Wissenschaft darin, Widersprüche zu organisieren und Konflikte demokratisch auszuhandeln. Demokratie und Öffentlichkeit sind hierbei Gegenkonzepte zu einer autoritären Marktgesellschaft. Kritik, Vielfalt und Opposition behindern zwar die Handlungsräume für das

Management, sie ermächtigen aber andere Akteure und eröffnen so einen breiteren Blick auf die gesellschaftlichen Interessenkonflikte. Mit dem Mut zum Experimentieren und der Bereitschaft, Neues zuzulassen, werden soziale und organisatorische Innovationen möglich. In diesen gesellschaftlichen Freiräumen, wo Experimente Platz haben, kann Wissen in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden.

Entwicklungsforschung legt die geographischen und historischen Wurzeln von Entwicklungsprozessen offen, da sie einen weiten und tiefen Blick auf Veränderungsprozesse anbietet. So werden ganz konkrete Fragestellungen in einen größeren Zusammenhang verortet. Beispielsweise wird die Bedeutung der Auslagerung sozialer Dienste in europäischen Großstädten nur vor dem Hintergrund weltweiter politökonomischer Veränderungen erklärbar. Hierbei ist das konkrete Wissen von Betroffenen und SozialarbeiterInnen genau so wichtig wie die von politökonomischen TheoretikerInnen. Diese kritische Analyse der gegenwärtigen politischen Entwicklung führt dazu, auch vermeintlich progressive Begriffe wie Eigenständigkeit, Ermächtigung, Nachhaltigkeit und Teilhabe zu kritisieren. Der liberale Diskurs ist nämlich sehr geschickt im Integrieren neuer Konzepte, die er rasch ihres gesellschaftskritischen Anspruchs entkleidet. Sobald diese neuen Konzepte von den zentralen Konflikten rund um Privatisierung, Eigentum und Autoritarismus ablenken, leisten sie der Verwirrung und damit der Macht eine wichtige Hilfe. Erst durch die Interpretation der Weltentwicklung als die eines kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erlangen konkrete soziale und politische Auseinandersetzungen die gebührende Bedeutung. Daher braucht Entwicklungsforschung einen von unten aufgebauten Dialog, der wesentlich von den Rändern der Gesellschaft mitbestimmt wird. Der elitäre Dialog des Establishments vertuscht Interessenkonflikte, statt dass er die Benachteiligten ermächtigt. Entwicklungsforschung ergreift aber zwangsläufig Partei gegen das Establishment und damit auch gegen die Medienkonzerne als nicht-wissenschaftliche Sinnstifter. Diese produzieren eine veröffentlichte Meinung, indem sie das Bestehende als natürlich und unabänderlich darstellen. Entwicklung als Veränderung kommt dort einzig als Variation innerhalb der Konsumwelt oder als Bedrohung vor. Entwicklungsforschung will hingegen als ganzheitliche und umfassende Form der Forschung Menschen befähigen, Entwicklung zu gestalten. Menschen verfügen über ein Bewusstsein und daher besteht die Möglichkeit, Evolution nicht als Schicksal zu erleben, sondern Entwicklung zu gestalten. Dazu ist Wissen notwendig, und eine der Formen von Wissen besteht im Lernen aus Fehlern der Vergangenheit. Kritik und der Freiraum für Neues sind Voraussetzung für Gestaltung. Wer wie an Wissen teilhaben kann und soll, wird somit zu einer ethischen und politischen Schlüsselfrage.

4.2. Suche nach vernünftigen Zielen

Die Krise der Sozialwissenschaften ist wesentlich eine Krise der Aufklärung, die durch den Kult des Privateigentums ihres vernünftigen Ziels beraubt wurde. Die Aufklärung wollte den

Ausstieg des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, um eine vernünftige Gesellschaft zu schaffen. Trotzdem führte die Aufklärung ins 20. Jahrhundert, das kein Jahrhundert linearen Fortschritts, sondern Eric Hobsbawm folgend eines der Extreme war. In ihrem Buch "Dialektik der Aufklärung" verweisen Theodor Adorno und Max Horkheimer auf diese Widersprüchlichkeit der Aufklärung, die wesentlich darin begründet ist, dass sich Aufklärung und Vernunft im Kapitalismus nur perversiert entfalten können. Wenn bürgerliche Aufklärung bedeutet, dass ich mich als Individuum zum Herrn meines eigenen Lebens mache, welchen Platz haben dann noch Andere? In dieser Absolutsetzung der Vernunft ist ein destruktives Element angelegt, denn reine Vernunft dient nur zu leicht dem eigenen Machtwillen oder dem Willen der Herrschenden. Es ist wohl kein Zufall, dass diese Abhandlung 1944 verfasst wurde, denn gerade im Nationalsozialismus wurde die Dialektik der Aufklärung und die Destruktivität des Kapitalismus auf die Spitze getrieben. Der Nationalsozialismus verwendete moderne und rationale Elemente und Organisationsformen, um mit dem Holocaust eine der barbarischsten Taten der Menschheit zu verwirklichen. Dieser Widerspruch, mit rationalen Mitteln irrationale und menschenverachtende Zwecke zu verfolgen, beschränkt sich jedoch nicht auf den Nationalsozialismus, sondern ist ein gesellschaftliches Grundproblem, das immer dann auftritt, wenn Vernunft und Ethik getrennt werden. In einer durch Klassenkonflikte zerrissenen Welt ist dieses Problem nicht auflösbar. Im Kapitalismus, in dem nur das produziert wird, was Gewinn bringt, spitzt sich diese Problematik zu. Die Börsen boomen und 842 Millionen Menschen hungern.

Schon unter den Aufklärern des 18. Jahrhunderts gab es Bewegungen wie die der Enzyklopädisten, die eine zentrale Aufgabe der Intellektuellen in der Verbreitung von Wissen sahen. Doch diese volksbildnerische Tradition fand kaum Eingang in die Universitäten des 20. Jahrhunderts. AkademikerInnen verstanden sich meist als ExpertInnen, deren Wissen die Gesellschaft anzuwenden habe. Öffentliche Diskussionen über Sinn und Unsinn dieses Wissens gab es kaum. Gerade offene und öffentliche Diskussion tragen aber dazu bei, dass Entscheidungen, die alle angehen, breiter diskutiert und vernünftiger getroffen werden als in abgeschotteten Räumen von BürokratInnen oder ManagerInnen. Wenn Wissen für alle zugänglich ist und öffentlich diskutiert wird, kommen Sichtweisen in die öffentliche Diskussion, die von den Interpretationen der Medien und anderer mächtiger Interessengruppen abweichen. Diese Art von Wissenschaft, die erweiterte Freiheiten für alle will, ergreift Partei für das Allgemeinwohl und liefert damit die Legitimation wirklich öffentlicher Bildungseinrichtungen: Vernunft als die Reflexion mündiger BürgerInnen über ihre Gesellschaft stellt öffentliches Wissen für die Gesellschaft bereit und bildet – in einer überholt scheinenden Sprache ausgedrückt - das Volk. Universitäten und Schulen werden in dem Maße zu Orten der Demokratie und des Dialogs, in dem sie in offenen Prozessen die Generierung von Wissen und dessen Verbreiterung öffentlich organisieren und ein öffentliches Interesse schaffen.

Die Aufklärung und damit eine kritische Sozialwissenschaft kann sich nur in einer Gesellschaft entfalten, die vernünftig mit der Vernunft umgeht und konkretes rationales Handeln immer in Beziehung zum Ganzen denkt. Gesamtgesellschaftliche Konsequenzen einzelner Handlungen zu bedenken wird zu einer wichtigen Fähigkeit. Dafür ist es notwendig, die gesellschaftlichen Akteure in den vernünftigen Dialog einzubeziehen, um gemeinsam nach Wegen zur Veränderung der Welt zu suchen: Wie kann eine Gesellschaft einen demokratischen Prozess organisieren, um das Bestehende vernünftig und gut zu verändern? Entwicklungsforschung als das ethisch motivierte Denken über Weltentwicklungen bringt in die Sozialwissenschaften die Frage nach den Zielen von Forschung ein: Wo sollen sich die Energien von Kreativität und Innovation bündeln? Welche Experimente will die Gesellschaft ausprobieren und wie will sie diese unterstützen?

Neben der Erforschung ungerechter Strukturen und der Bewusstseinsbildung über weltweite Zusammenhänge geht es für die an Entwicklung Interessierten um die Veränderung des Bestehenden hin zu einer Welt, in der Vernunft und Ethik zusammenfallen. Dies nicht nur im Denken, sondern praktisch umzusetzen, wäre die Aufhebung der Dialektik der Aufklärung: Wissenschaft beteiligt sich daran, dass die Gesellschaft vernünftige Ziele anstrebt und verwirklicht. Doch diese Aufhebung ist nur möglich, wenn der zentrale gesellschaftliche Konflikt zwischen den Klassen aufgehoben wird. Die private Kontrolle darüber, was produziert wird, und eine auf Vernunft aufbauende Gesellschaft sind ebenso wenig vereinbar wie Freiheit für alle und Gewinnmaximierung für einige. Dies zeigen alltäglich die Berichte über Hunger, Armut, Krieg und Seuchen. Wegen dieser Unvereinbarkeit endet Solidarität so oft im Almosengeben und in Charity-Aktionen und führt nicht zur Schaffung einer gerechten Welt. Viele Frustrationen und gescheiterten Versuche der Entwicklungszusammenarbeit erklären sich auf diese Weise.

4.3. Demokratischer Sozialismus

Kritische und öffentliche Sozialwissenschaft schafft und braucht öffentlich geteiltes Wissen. Und wenn wir die realen Verhältnisse ohne Verschleierung wahrnehmen, heißt das: Die Sozialisierung von Wissen erfordert auch die Sozialisierung von Eigentum. Mit den großen Saatgutkonzernen ist das Hungerproblem nicht zu lösen, mit einem Schuldendienst wie derjenige, den Brasilien zu leisten hat, ist das Problem der Verarmung nicht in den Griff zu bekommen. Wenn es ein so großartiges Geschäft ist, wird gerüstet und werden Kriege geführt. Solange der politische Wille fehlt, diejenigen die aus all diesen Problemen Profit ziehen, nicht nur zur Verantwortung zu ziehen, sondern auch zu entmachten, sind alle Lösungsversuche zur Wirkungslosigkeit verdammt. Wirksame, an die Wurzeln gehende Lösungen sind ohne Thematisierung der Eigentumsfrage nicht möglich. Im Bereich des Wissens ist dies nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Entfaltung des technologischen Potentials. Wissen, das privat monopolisiert wird, hemmt den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Statistik Austria – ehemals Österreichisches Statistisches

Zentralamt - ist mittlerweile eine unternehmensähnliche Organisation, die öffentliche Zahlen, die durch die Volkszählung gewonnen wurden, wie privates Wissen behandelt. Damit wird die Öffentlichkeit wichtiger Informationen beraubt. Derartige Privatisierungen offizieller Statistiken verhindern den breiten und offenen Zugang zu Informationen über die eigene Gesellschaft.

Demokratie und Öffentlichkeit erscheinen DenkerInnen wie Jürgen Habermas und Hannah Arendt als mit dem Kapitalismus vereinbar. Die kritische Erforschung des Bestehenden, die Analyse des sich radikalierenden Liberalismus und eines zunehmend schrankenlosen Kapitalismus zeigen aber, dass gegenwärtig selbst kleine Reformen auf massiven Widerstand der Verteidiger des Status Quo stoßen. Mehr Gerechtigkeit und die Aufhebung des Widerspruchs von Vernunft und Ethik sind nur in einer Gesellschaft möglich, deren Leitprinzip neben Demokratie auch Sozialismus ist. Dies ist keineswegs originell: Sozialismus war und ist der Begriff, der das Lager derjenigen sammelt, die den Kapitalismus ablehnen. Schon 1949 begründete Albert Einstein in „Why Socialism“ die Notwendigkeit des Sozialismus: „Diese Lähmung der Einzelnen halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen. Ich bin davon überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert.“ Wie die Open Source Bewegung zeigt, setzt öffentlich zugängliches Wissen Kreativität frei und ist privat gehortetem Wissen überlegen. Der Bereich der Software zeigt so das Potential einer nicht privatisierten Wissensgesellschaft, in der Wissen für alle produziert wird. Sozialismus und Produktivitätssteigerung schließen sich auch im 21. Jahrhundert nicht aus.

Heute gibt es viele, die den Kapitalismus kritisieren, aber kaum jemanden, der ihn in Frage stellt und noch weniger, die an seiner Überwindung arbeiten. Es gibt viel Unzufriedenheit, aber keine Vorstellung, wie eine andere Welt aussehen könnte. Der real existierende Sozialismus, die bevormundende Verwaltung durch den Wohlfahrtsstaat, die autoritären Formen nationalstaatlicher Entwicklung an der Peripherie der Welt zeigen, dass sozialistische Gesellschaften nicht immer und in allem besser sind. Fest steht jedoch, dass der Kapitalismus kein Potential mehr für progressive Veränderung hat; ja dass er zunehmend aggressiver die Aushöhlung nicht nur des Sozialstaats, sondern auch der Demokratie betreibt. Krieg und Gewalt werden als zentraler Konfliktlösungsmechanismus wieder salonfähig. Daher ist eine andere Welt nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Ob diese den Namen Sozialismus tragen wird, ist zweitrangig. Dass sie eine nicht-kapitalistische sein muss, die von Hunger, Gewalt und Armut befreit und damit Freiheit für alle ermöglicht, die an den Bedürfnissen der Menschen und nicht am Profit orientiert ist, das steht außer Zweifel.



Abteilung für Stadt- und Regionalentwicklung
Wirtschaftsuniversität Wien
Abteilungsleiter: o.Univ.Prof. Edward M. Bergman, PhD

Roßauer Lände 23/3
A-1090 Wien, Austria

Tel.: +43-1-31336/4777 Fax: +43-1-31336/705 E-Mail: sre@wu-wien.ac.at
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/sre>